

EUROPÄISCHES PARLAMENT



PRÄSIDIUM

PROTOKOLL

der Sitzung vom

20.05.2013

Louise Weiss-Gebäude – Saal R1.1

Straßburg

PRÄSIDIUM

PROTOKOLL

der Sitzung vom Montag, 20. Mai 2013
18.30 bis 20.30 Uhr

Louise Weiss-Gebäude – Saal R1.1

Straßburg

INHALT

	<u>Seite</u>
1. Annahme des Entwurfs der Tagesordnung	8
2. Genehmigung der Protokolle der Away Days des Präsidiums vom 9. April 2013 und der Sitzung des Präsidiums vom 15. April 2013	9
3. Mitteilungen des Präsidenten	10
3.1. Glückwünsche zum Geburtstag von Herrn VIDAL-QUADRAS	10
4. Vorbereitung auf 2014 – strukturelle Veränderungen im Generalsekretariat des EP – STELLENPLAN – Vermerk des Generalsekretärs	11
5. Kreatives Konzept für die institutionelle Informations- und Kommunikationskampagne zu den Europawahlen – Präsentation	16
6. Personalfragen.	19
7. Verbesserung der Einrichtungen für Besucher in Straßburg – Vermerk des Generalsekretärs.....	20
8. Bürgerforum betreffend Jugendarbeitslosigkeit im November 2013 in Brüssel – Aufzeichnung des Generalsekretärs.....	21
9. EMAS – Revision des Handbuchs – Aufzeichnung des Generalsekretärs	22
10. Neunter Informationsbericht über die historischen Archive des Parlaments und die Tätigkeit des Archiv- und Dokumentationszentrums (Cardoc) – 2012 – Vermerk des Generalsekretärs.....	23
11. Jahresbericht 2012 über den Zugang zu Dokumenten – Vermerk des Generalsekretärs.....	24
12. Antrag des Europäischen Verbands des Zweiradhandels (ETRA) auf Nutzung der Esplanade Solidarność 1980 am 17. und 18. September 2013 für eine Ausstellung und Präsentation mit dem Titel „Sustainable2Wheels“ im Rahmen der Europäischen	

Woche der Mobilität – Schreiben von Frau DURANT, zuständige Vizepräsidentin 25

13. Antrag des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres auf Genehmigung einer Abweichung von den Höchstgrenzen gemäß Artikel 14 Absatz 1 des Verhaltenskodex Mehrsprachigkeit für einen Initiativbericht über die Lage der Grundrechte: Standard und Praxis in Ungarn – Schreiben von Herrn LÓPEZ AGUILAR, Vorsitzender des betreffenden Ausschusses 26

14. Antrag auf Entsendung einer STOA-Delegation von bis zu drei Mitgliedern zu den Einrichtungen der Atomenergiebehörde CEA (Commissariat à l'énergie atomique et aux énergies alternatives) in Grenoble und Chambéry am 23./24. Mai 2013 – Schreiben von Herrn CORREIA DE CAMPOS, Vorsitzender der STOA-Lenkungsgruppe..... 27

15. Antrag des Petitionsausschusses auf Genehmigung einer Informationsreise nach Niederschlesien (Polen) vom 29. bis 31. Mai 2013 – Schreiben von Frau MAZZONI, Vorsitzende des betreffenden Ausschusses 28

16. Antrag des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten und der Delegation für die Beziehungen zur Schweiz und zu Norwegen, im Gemischten Parlamentarischen Ausschuss EU-Island und im Gemischten Parlamentarischen Ausschuss Europäischer Wirtschaftsraum auf Verschiebung ihrer Reise nach Reykjavik (Island) auf 27./28. Juni 2013 – Schreiben von Herrn BROK, Vorsitzender des AFET-Ausschusses, und Herrn GALLAGHER, Vorsitzender der SINEEA-Delegation 30

17. Antrag des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten auf Verschiebung seiner Reise nach Bosnien und Herzegowina auf 20./21. Juni 2013 – Schreiben von Herrn BROK, Vorsitzender des betreffenden Ausschusses 32

18. Antrag des Entwicklungsausschusses auf Entsendung einer Delegation zu der UN-Vollversammlung/dem Gipfeltreffen zur Überprüfung der Millenniums-Entwicklungsziele am 25. September 2013 in New York (USA) – Schreiben von Frau JOLY, Vorsitzende des betreffenden Ausschusses 33

19. Antrag des Ausschusses für internationalen Handel auf Entsendung einer Ad-hoc-Delegation zur Parlamentarischen Konferenz und zur 9. Ministerkonferenz betreffend die WTO nach Bali (Indonesien) vom 2. bis 6. Dezember 2013 – Schreiben von Herrn MOREIRA, Vorsitzender des betreffenden Ausschusses 34

20. Antrag des Ausschusses für Wirtschaft und Währung auf Genehmigung einer öffentlichen Anhörung zum US-Gesetz „Foreign Account Tax Compliance Act“ (FATCA) am 27./28. Mai 2013 in Brüssel – Schreiben von Frau BOWLES, Vorsitzende des betreffenden Ausschusses 36

21. Antrag des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie auf Genehmigung einer Mini-Anhörung zum Thema „Europäische industriepolitische Strategie zum Schutz und zur Nutzung der im Zusammenhang mit Galileo entwickelten europäischen Kapazitäten und Erfindungen“ am 19. Juni 2013 in Brüssel –

	Schreiben von Frau SARTORI, Vorsitzende des betreffenden Ausschusses	37
22.	Antrag des Haushaltskontrollausschusses auf Genehmigung einer öffentlichen Anhörung zum Thema „Rechenschaftspflicht der Europäischen Kommission als in den letzten zehn Jahren für Haushaltsführung und -kontrolle in der EU zuständiges Organ“ am 17. September 2013 in Brüssel – Schreiben von Herrn THEURER, Vorsitzender des betreffenden Ausschusses	38
23.	Antrag des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie auf Genehmigung einer öffentlichen Anhörung zum Thema „Cloud Computing“ am 30. Mai 2013 in Brüssel – Schreiben von Frau SARTORI, Vorsitzende des betreffenden Ausschusses	40
24.	Antrag des Ausschusses für Verkehr und Fremdenverkehr auf Genehmigung einer öffentlichen Anhörung zum Thema „Maßnahmen zur Beschränkung der Flugdienstzeiten“ am 18. Juni 2013 in Brüssel – Schreiben von Herrn SIMPSON, Vorsitzender des betreffenden Ausschusses	41
25.	Antrag des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz auf Genehmigung einer öffentlichen Anhörung zum Thema „Netz- und Informationssicherheit - Integration der Gemeinschaften“ am 18. Juni 2013 in Brüssel – Schreiben von Herrn HARBOUR, Vorsitzender des betreffenden Ausschusses	42
26.	Antrag des Ausschusses für konstitutionelle Fragen auf Genehmigung einer öffentlichen Anhörung zum Thema „Möglichkeiten für das Europäische Parlament, sein Recht auf Selbstorganisation zu entwickeln“ am 27. Mai 2013 in Brüssel – Schreiben von Herrn CASINI, Vorsitzender des betreffenden Ausschusses	43
27.	Dringliche Fragen und Verschiedenes	44
28.	Punkte zur Information	45
29.	Zeitpunkt und Ort der nächsten Sitzung	46

PRÄSIDIUM

PROTOKOLL

der Sitzung vom Montag, 20. Mai 2013

Straßburg

Die Sitzung wird um 18.37 Uhr vom Präsidenten des Europäischen Parlaments, Herrn Martin SCHULZ, eröffnet.

Anwesend waren:

Herr Martin SCHULZ, Präsident*

Vizepräsidenten

Herr PITTELLA
Herr MARTÍNEZ*
Frau PODIMATA
Herr VIDAL-QUADRAS*
Frau ANGELILLI
Herr KARAS
Herr McMILLAN-SCOTT
Frau DURANT
Herr WIELAND*
Herr VLASÁK
Herr PROTASIEWICZ*
Herr SURJÁN

Entschuldigt

Herr PAPASTAMKOS
Herr ALVARO

Quästoren

Frau LULLING*
Frau GERINGER DE OEDENBERG
Herr LIBERADZKI
Herr MAŠTÁLKA

Entschuldigt

Herr HIGGINS

An der Sitzung nahm teil:

Herr WELLE, Generalsekretär*

* Anwesend zu Punkt 6 *hinter verschlossenen Türen*.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung war eingeladen:

Frau VANDERLINDEN Leiterin der Abteilung Strategie, Ogilvy Group Brüssel

Liste der Beamten, die an der Sitzung teilgenommen haben:

Kabinett des Präsidenten

Herr WINKLER*
Herr KAISER
Frau MARTÍNEZ IGLESIAS
Herr MANNELLI
Herr FREEDMAN
Frau CASALES LOPEZ

Kabinett des Generalsekretärs

Herr MANGOLD*
Frau LUEDDECKE
Herr SØRENSEN
Herr MORENO DIAZ**
Frau SCHADE***
Frau MALASOMMA**
Herr SCHULMEISTER***

Generalsekretariat

GD Präsidentschaft (PRES)	Frau RATTI*/ Herr O'BEARA/Herr CAROZZA/ Herr DE FEO
GD Interne Politikbereiche (IPOL)	Herr RIBERA d'ALCALA
GD Externe Politikbereiche (EXPO)	Herr AGUIRIANO
GD Information (COMM)	Frau LAHOUSSE/ Herr DUCH-GUILLOT/ Herr WARASIN/ Frau CABANELAS
GD Personal (PERS)	Herr QUITIN*
GD Infrastrukturen und Logistik (INLO)	Herr STRATIGAKIS
GD Übersetzung (TRAD)	Frau PITT
GD Dolmetschen und Konferenzen (INTE)	Frau COSMIDOU
GD Finanzen (FINS)	Herr VANHAEREN/ Herr GUILLEN ZANON/ Herr KLETHI
GD Innovation, techn. Unterstütz. (ITEC)	Herr VILELLA
Juristischer Dienst	Herr PENNERA*, Rechtsberater/ Herr PASSOS
Sekretariat der Konferenz der Präsidenten	Herr HILLER
Direktor für die Beziehungen zu den Fraktionen	Herr SCHWETZ

* Anwesend zu Punkt 6 *hinter verschlossenen Türen*.

** nur anwesend für Punkt 4 der Tagesordnung.

*** nur anwesend für Punkt 5 der Tagesordnung.

Fraktionssekretariate

Herr RYNGAERT	(PPE)
Herr HORNAK	(S&D)
Herr BOUTER	(ALDE)
Herr PRUMMEL	(Verts/ALE)
Herr WOODARD	(ECR)
Herr RAECK	(GUE/NGL)
Herr VAUGIER	(EFD)
Herr SERVELLON	(fraktionslose Mitglieder)

Assistenten der Vizepräsidenten und der Quästoren

Herr CARDELLA	Assistent von Herrn PITTELLA
Herr GUERRA REINA	Assistent von Herrn MARTÍNEZ
Frau ZANELLA	Assistentin von Frau PODIMATA
Frau LAHOUSSE JUAREZ	Assistentin von Herrn VIDAL-QUADRAS
Herr CHATZIFOTIS	Assistent von Herrn PAPASTAMKOS
Frau WILHELM	Assistentin von Herrn KARAS
Frau BIESEMANS	Assistentin von Herrn McMILLAN-SCOTT
Herr VALETTE	Assistent von Frau DURANT
Frau BAUER	Assistentin von Herrn ALVARO
Frau GIPPERT	Assistentin von Herrn WIELAND
Herr SRNOVÁ	Assistent von Herrn VLASÁK
Frau KURANT	Assistentin von Herrn PROTASIEWICZ
Herr PÁPÁI	Assistent von Herrn SURJÁN
Frau SCHLIM	Assistentin von Frau LULLING
Frau KEARNEY	Assistentin von Herrn HIGGINS
Frau ZIELINSKA	Assistentin von Frau GERINGER de OEDENBERG
Herr VOGT	Assistent von Herrn LIBERADZKI
Frau ŘEHOŘOVÁ	Assistentin von Herrn MAŠTÁLKA

Sitzungssekretariat: Herr TZIORKAS*, Herr QUARANTA, Frau MANGIANTE, Herr CALINOGLU, Frau KYST und Herr ADLER.

* Anwesend zu Punkt 6 *hinter verschlossenen Türen*.

1. Annahme des Entwurfs der Tagesordnung

Das Präsidium

- hört eine Anfrage von Frau PODIMATA, Vizepräsidentin, die Reihenfolge der Aussprachen über Punkt 4 (Vorbereitung auf 2014 – strukturelle Veränderungen im Generalsekretariat des EP – Stellenplan) und Punkt 5 (Vorstellung des kreativen Konzepts für die institutionelle Informations- und Kommunikationskampagne zu den Europawahlen) umzukehren, um ihr zu ermöglichen, an der Aussprache über Punkt 5 teilzunehmen, die in den Zuständigkeitsbereich der Arbeitsgruppe für Information und Kommunikation falle, in der sie den Vorsitz führe;
- hört einen Beitrag von Herrn VIDAL-QUADRAS, Vizepräsident, der eine Aussprache über Punkt 13 und Punkt 15 der Tagesordnung beantragt;
- hört einen Beitrag von Herrn MARTÍNEZ, Vizepräsident, der zu Punkt 8 der Tagesordnung um das Wort für eine kurze Erklärung bittet;
- nimmt Kenntnis von dem Entwurf der Tagesordnung (PE 508.838/BUR) und nimmt ihn, wie in diesem Protokoll angegeben, an.

2. Genehmigung der Protokolle der Away Days des Präsidiums vom 9. April 2013 und der Sitzung des Präsidiums vom 15. April 2013

Das Präsidium

- hört einen Beitrag von Herrn McMILLAN-SCOTT, Vizepräsident, der eine Änderung des Protokolls der Away Days des Präsidiums vom 9. April 2013 in La Hulpe dahingehend beantragt, dass er darum gebeten und der Präsident zugestimmt habe, dass die Verwaltung ihm Zahlen bezüglich der Kosten der drei Arbeitsorte des Parlaments liefere;
- hört einen Beitrag des Präsidenten, der zustimmt, dass die entsprechenden Zahlen, die der Generalsekretär im Kontext des Entlastungsverfahrens 2011 dem Haushaltskontrollausschuss übermittelte, in das Protokoll der Away Days 2013 des Präsidiums aufgenommen werden;
- genehmigt das Protokoll der Away Days des Präsidiums vom 9. April 2013 in La Hulpe (PE 508.823/BUR);
- genehmigt das Protokoll der Sitzung vom 15. April 2013 in Brüssel (PE 505.019/BUR).

3. Mitteilungen des Präsidenten

3.1. Glückwünsche zum Geburtstag von Herrn VIDAL-QUADRAS

Das Präsidium

- hört einen Beitrag des Präsidenten, der Herrn VIDAL-QUADRAS, Vizepräsident, zum Geburtstag gratuliert;
- hört einen Beitrag von Herrn VIDAL-QUADRAS, Vizepräsident, der dem Präsidenten und seinen Kollegen für ihre guten Wünsche dankt.

A. BESCHLÜSSE/AUSSPRACHEN4. Vorbereitung auf 2014 – strukturelle Veränderungen im Generalsekretariat des EP –
STELLENPLAN – Vermerk des GeneralsekretärsDas Präsidium

- nimmt Kenntnis von dem Vermerk des Generalsekretärs vom 14. Mai 2013 zum oben erwähnten Thema (PE 508.926/BUR und Anlagen);
- hört Ausführungen des Generalsekretärs, der seinen Vermerk erläutert und insbesondere folgende Aspekte unterstreicht:
 - bisher ist der stellvertretende Generalsekretär eher ein übergeordneter Generaldirektor, der einer Ansammlung von Diensten vorsteht, deren Zusammenarbeit nicht immer einfach ist; die Ausweitung der legislativen Befugnisse des Parlaments erfordere ein Überdenken der Aufgaben des stellvertretenden Generalsekretärs; deshalb werde auch im Einklang mit der Art und Weise, in der die Kommission diese Aufgaben organisiere, vorgeschlagen, die Funktion des stellvertretenden Generalsekretärs von sämtlichen Generaldirektionen zu trennen und dafür ein eigenes kleines Kabinett einzurichten, um den Generalsekretär mit Hilfe einer begrenzten Anzahl besonderer Kernreferate in den Bereichen legislative Koordination und Planung, interinstitutionelle Zusammenarbeit und Behandlung vertraulicher Dokumente zu unterstützen;
 - der stellvertretende Generalsekretär werde weiterhin den Vorsitz in der Gruppe für interinstitutionelle Koordination führen, den Generalsekretär in dessen Abwesenheit vertreten und solle bestrebt sein, betreffend die Mehrjahresplanung das volle Potenzial von Artikel 17 EUV zu sondieren, um interinstitutionelle Vereinbarungen zu erreichen, was bisher folgenlos blieb;
 - die neue Struktur werde auch eine rationellere Organisation der GD Präsidentschaft ermöglichen, die derzeit mit einer Vielzahl von Aspekten befasst ist, die nicht zwangsläufig in Zusammenhang stehen (Sicherheitsdienste, Bibliothek und Sprachjuristen); in diesem Kontext könne die Bibliothek von der

GD Präsidentschaft getrennt und in eine neue Generaldirektion Wissenschaftlicher Dienst mit ca. 200 Mitarbeitern umgewandelt werden, in dem haushaltsneutral die Kernaufgaben der Direktion Bibliothek und eine nach Themen organisierte Direktion Wissenschaftlicher Dienst für die Mitglieder mit der Direktion für Folgenabschätzung und europäischen Mehrwert der GD Interne Politikbereiche zusammengefasst würden;

- die Aufgabe dieser neuen Generaldirektion werde darin bestehen, individuelle Mitglieder mit hochwertigen Fachkenntnissen zu versorgen, da dies ein Bereich sei, für den vergleichende Studien zeigten, dass das EP gegenüber mehreren nationalen Parlamenten und dem US-Kongress Rückstände verzeichne; die Fachabteilungen sollten weiterhin die Ausschüsse unterstützen und so eng wie möglich mit der neuen Generaldirektion zusammenarbeiten; in Abhängigkeit von der Effizienz dieser Zusammenarbeit könne diese nach der Hälfte der nächsten Wahlperiode überprüft werden;
- mit dem bereits begonnenen Internalisierungsprozess (zunächst Akkreditierung und Überwachungsaufgaben und anschließend Sicherheitspersonal) werde die GD Präsidentschaft auf mehr als 1.000 Mitarbeiter anwachsen; der Aufbau strategischer Kapazitäten lasse es ratsam erscheinen, die Sicherheitsaufgaben von der GD Präsidentschaft zu trennen und eine neue Generaldirektion mit einer Direktion Sicherheitspersonal, einer Direktion Strategie und einer Direktion Ressourcen einzurichten, die anfangs ca. 650 Mitarbeiter umfassen solle;
- Herrn WIELAND, Vizepräsident mit Zuständigkeit für EDV und Telekommunikation, und dem Generalsekretär solle ein gemeinsames Mandat erteilt werden, das Thema IT-Sicherheit zu analysieren und konkrete Vorschläge für eine Prüfung des Präsidiums auszuarbeiten;
- was den Zeitplan betreffe, so solle die Abspaltung des stellvertretenden Generalsekretärs von der GD Präsidentschaft und die Einrichtung der Generaldirektion Wissenschaftlicher Dienst Anfang 2014 wirksam werden; die Einrichtung der Generaldirektion Sicherheit solle in einer zweiten Phase erfolgen, um mit Abschluss des Internalisierungsprozesses in Brüssel im Sommer 2014 die Arbeit aufnehmen zu können;

- führt eine umfassende Aussprache über die Vorschläge des Generalsekretärs, an der sich Herr PITTELLA, Herr WIELAND, Herr McMILLAN-SCOTT, Herr VIDAL-QUADRAS, Herr MARTÍNEZ, Frau PODIMATA, Vizepräsidenten, und Herr LIBERADZKI, Quästor, beteiligen, die insbesondere Folgendes betonen:
 - allgemeines Einverständnis mit den Vorschlägen des Generalsekretärs für strukturelle Veränderungen im Generalsekretariat des EP gemäß seinem Vermerk vom 14. Mai 2013;
 - die Notwendigkeit, die Pflichten im Zusammenhang mit der neuen Stelle des stellvertretenden Generalsekretärs getrennt von der GD Präsidentschaft zur Unterstützung des Generalsekretärs detaillierter zu erläutern;
 - mehrere Fragen zu den Auswirkungen der vorgeschlagenen strukturellen Veränderungen auf den Haushaltsplan sowie dahingehend, inwieweit die Erhöhung der Zahl der Mitarbeiter im Parlament in den letzten Jahren in angemessenem Verhältnis zum Anstieg der Zahl der Mitglieder stehe;
 - die Notwendigkeit, Cybersicherheit ernst zu nehmen, einschließlich einer Bewertung und eines gemeinsamen Vorschlags von Herrn WIELAND, Vizepräsident, und des Generalsekretärs, und die Maßnahmen im Hinblick auf die Sicherheit der Delegationen des Parlaments, die einschlägige Zusammenarbeit mit dem Europäischen Auswärtigen Dienst und generell die Planung für Notfälle zu verstärken;
 - eine Anfrage, ob das Referat Transparenz – Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten – nicht eher in der neuen Generaldirektion Wissenschaftlicher Dienst statt in der GD Präsidentschaft angesiedelt sein solle;
- hört Ausführungen des Präsidenten, dass die Aufstockung der Zahl der Mitarbeiter mit dem Beitritt von 10 neuen Mitgliedstaaten, dem Beschluss des Parlaments, eine neue Kategorie von Mitarbeitern, die Assistenten der Mitglieder, mit eigenem Statut, zu schaffen, und mit der Zunahme der Zahl der Fraktionen, die sämtlich Anspruch auf Personal hätten, zusammenhänge;
- hört Erläuterungen des Generalsekretärs, dass
 - die vorgeschlagenen strukturellen Veränderungen haushaltsneutral seien und dass eine Reihe zusätzlicher Stellen für den Aufbau der neuen Generaldirektion

Wissenschaftlicher Dienst im Zuge der Effizienzgewinne durch die beginnenden Verhandlungen mit den beiden Beratenden Ausschüssen im Übersetzungsbereich, wie vom Präsidium in seiner letzten Sitzung genehmigt, verfügbaren werden könnten;

- die neue Generaldirektion Wissenschaftlicher Dienst und die Fachabteilungen eng zusammenarbeiten und ihre Informationen, Fachkenntnisse und Dokumente teilen sollten und die Kooperationsvereinbarungen nach der Hälfte der neuen Wahlperiode überprüft und dann erforderlichenfalls Beschlüsse gefasst werden könnten;
 - die Ansiedlung des Referats Transparenz – Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten überdacht werden solle;
 - die Sicherheit von EDV und Telekommunikation in einem gemeinsam von Herrn WIELAND, Vizepräsident, und dem Generalsekretär ausgearbeiteten und dem Präsidium zur Prüfung vorzulegenden Vorschlag behandelt werden solle;
 - bezüglich der Zahl der Mitarbeiter der Sachstand in Bezug auf den MFR eine Verringerung von 5% in den nächsten Jahren erfordere, weshalb das verfügbare Personal effizienter eingesetzt werden müsse;
- hört einen Beitrag des Generalsekretärs, dass die neu definierte Rolle des stellvertretenden Generalsekretärs darin bestehen solle, den Generalsekretär in folgenden Bereichen zu unterstützen:
- legislative Koordinierung und kurz-, mittel- und langfristige legislative Planung,
 - interinstitutionelle Beziehungen im Zusammenhang mit Letzterer (mit Europäischem Rat, Europäischer Kommission und Ministerrat),
 - in Bezug auf die oben genannten Aspekte direkte Unterstützung des Präsidenten und Vorbereitung der Sitzungen der entsprechenden Leitungsgremien (Präsidium, Konferenz der Präsidenten, Konferenz der Ausschussvorsitze) sowie Teilnahme daran,
 - enge Einbeziehung in zentrale Aufgaben,
 - Behandlung von spezifischen Themen auf Ersuchen des Generalsekretärs,
 - Vertretung des Generalsekretärs in dessen Abwesenheit, die eine Wahrnehmung seiner Aufgaben unmöglich mache, auf dessen unmittelbares Ersuchen;

- beschließt einstimmig:
 - die Begründung der Funktion des stellvertretenden Generalsekretärs außerhalb der GD Präsidentschaft ab Jahresbeginn 2014,
 - die Einrichtung einer Generaldirektion Wissenschaftlicher Dienst ab Jahresbeginn 2014,
 - in einer zweiten Phase die Einrichtung einer neuen Generaldirektion Sicherheit ab Sommer 2014.

5. Kreatives Konzept für die institutionelle Informations- und Kommunikationskampagne zu den Europawahlen – Präsentation

Das Präsidium

- nimmt Kenntnis von dem Vermerk des Generalsekretärs vom 28. März 2013 zum oben erwähnten Thema (PE 508.772/BUR und Anlagen);
- nimmt Kenntnis von einer Präsentation des kreativen Konzepts für die institutionelle Informations- und Kommunikationskampagne zu den Europawahlen 2014 (PE 508.934/BUR);
- hört Ausführungen des Generalsekretärs, dass die Aufzeichnung auf der Grundlage der Tätigkeit der Arbeitsgruppe für Information und Kommunikation ausgearbeitet wurde, des Weiteren betont er die eindeutigen Unterschiede in Bezug auf die Wahlen 2014 und unterstreicht die bemerkenswerten Leistungen der Informations- und Kommunikationskampagne 2009 aufgrund der Nutzung intelligenter Kommunikationstechniken und einer starken Präsenz in den sozialen Medien, Fernsehsendern und Kinos, was stärkere Interaktivität gestatte und es ermögliche, ein viel breiteres Publikum zu erreichen, als es in Anbetracht der finanziellen Sachzwänge sonst möglich gewesen wäre;
- hört einen Beitrag von Frau PODIMATA, Vizepräsidentin und Vorsitzende der Arbeitsgruppe für Informations- und Kommunikationspolitik, die mitteilt, dass der Vorschlag für die Strategie der Kampagne gemäß der Aufzeichnung des Generalsekretärs umfassend die Aussprachen in der Arbeitsgruppe widerspiegele, und die wesentlichen Elemente und verschiedenen Phasen der Kampagne 2014 hervorhebt, die unter dem Motto „Dieses Mal ist anders – Act. React. Impact.“ stehen solle;
- hört einen Beitrag von Herrn KARAS, Vizepräsident und stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgruppe für Informations- und Kommunikationspolitik, der hervorhebt, wie wichtig es sei, die Kampagne wirksam durchzuführen, auch wenn diese die von den Fraktionen und den nationalen Parteien durchgeführten Wahlkampagnen nicht ersetzen, sondern eher als neutrales Element gesehen werden solle, das im Dienste aller an den Europawahlen beteiligten Interessenträger stehe;

- verfolgt eine Präsentation von Kristel VANDERLINDEN, Leiterin der Abteilung Strategie der Werbeagentur Ogilvy, Brüssel, der mit der Ausarbeitung der Strategie für die Kampagne 2014 beauftragten Werbeagentur, zu dem kreativen Konzept und den wesentlichen Elementen der institutionellen Informations- und Kommunikationskampagne, darunter zwei Videos („Mood-Filme“), die einen Überblick über die umzusetzenden wesentlichen visuellen Elemente geben;
- führt eine Aussprache, an der sich Herr MARTÍNEZ, Herr WIELAND, Herr VLASÁK, Herr VIDAL-QUADRAS, Vizepräsidenten, sowie Herr LIBERADZKI und Frau GERINGER DE OEDENBERG, Quästoren, beteiligen, die unter anderem Folgendes anmerken:
 - allgemeines Einverständnis mit dem kreativen Konzept und den wesentlichen Elementen der vorgeschlagenen institutionellen Informations- und Kommunikationskampagne;
 - Fragen hinsichtlich der Möglichkeit und Effizienz einer Übersetzung des Mottos der Kampagne „ACT. REACT. IMPACT.“ in alle Amtssprachen und Empfehlungen, keine wörtlichen Übersetzungen zu wählen, sondern in jeder Sprache die Worte zu finden, die die gewünschte Botschaft am besten vermitteln können;
 - es sei wichtig, möglichst viele Bürger mit einer neutralen, institutionellen Kampagne zu erreichen, wobei jegliches Element zu vermeiden sei, das auf eine Spaltung oder Konfrontation im Parlament hindeute;
 - die Notwendigkeit einer sichtbareren Einbeziehung von Bildern aus dem Europäischen Parlament sowie seines Namens und Emblems ebenso des Worts „Wahlen“ in einige der vorgeschlagenen visuellen Elemente;
 - Fragen zur Wahl der Bilder, die in den Werbevideos auftauchen sollen, die sorgfältig ausgewählt werden müssen, um umfassend die Neutralität der Kampagne zu respektieren, gleichzeitig jedoch möglichst alle Facetten der europäischen Gesellschaft abzudecken;
 - die Notwendigkeit, in die Kampagne sehr erfolgreiche Veranstaltungen wie die Tage der offenen Tür einzubeziehen, ebenso, soweit möglich, die

Informationsbüros des EP, und eine bessere und effizientere Organisation des Wahlabends in Brüssel sicherzustellen;

- Fragen zu den Haushaltsaspekten der vorgeschlagenen Kampagne;
- hört einen Beitrag des Präsidenten, der betont, er werde aus persönlichen Gründen davon Abstand nehmen, auf welche Weise auch immer in der Kampagne in Erscheinung zu treten;
- befürwortet einstimmig das vorgeschlagene kreative Konzept für die institutionelle Informations- und Kommunikationskampagne zu den Europawahlen 2014 und beauftragt die Arbeitsgruppe Information und Kommunikation, die oben genannten Empfehlungen und Anmerkungen zu berücksichtigen und einen ausgewogenen Kompromiss auszuarbeiten.

Ab 20.51 Uhr hinter verschlossenen Türen

6. Personalfragen.

6.1. Einleitung von Verfahren zur Besetzung der Stellen von Generaldirektoren

Das Präsidium, das hinter verschlossenen Türen tagt,

- hört Ausführungen des Generalsekretärs, dass es im Anschluss an die zuvor vom Präsidium gefassten Beschlüsse hinsichtlich der strukturellen Veränderungen im Generalsekretariat des EP nun notwendig sei, die Verfahren zur Besetzung der folgenden Generaldirektorstellen einzuleiten, damit der vereinbarte Zeitplan eingehalten werden könne:
 - GD Präsidentschaft
 - GD Wissenschaftlicher Dienst
- hört einen weiteren Hinweis des Generalsekretärs, dass wegen der bevorstehenden Versetzung des Rechtsberaters in den Ruhestand am Jahresende auch das Verfahren für die Besetzung der Stelle des Rechtsberaters eingeleitet werden solle;
- befürwortet einstimmig die Vorschläge des Generalsekretärs.

B. BESCHLÜSSE OHNE AUSSPRACHE

7. Verbesserung der Einrichtungen für Besucher in Straßburg – Vermerk des Generalsekretärs

Das Präsidium, das ohne Aussprache beschließt,

- nimmt Kenntnis von einem Vermerk des Generalsekretärs vom 8. Mai 2013 zu dem oben genannten Thema (PE 508.909/BUR);
- erteilt seine Zustimmung zur Strategie zur Verbesserung der Bedingungen für den Empfang von Besuchern im Europäischen Parlament in Straßburg, wie sie vom Präsidium während der Away Days wohlwollend zur Kenntnis genommen wurde;
- beauftragt den Generalsekretär, dem Präsidium die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie bezüglich der logistischen und finanziellen Auswirkungen dieser Projekte auf das Europäische Parlament vorzulegen;
- beauftragt den Generalsekretär, eine enge Zusammenarbeit mit dem Museum „Mémorial d'Alsace-Moselle“ und mit dem Freihafen Straßburg vorzubereiten sowie eine potentielle Zusammenarbeit mit der Stadt Straßburg und den anderen europäischen Institutionen mit Räumlichkeiten in Straßburg im Hinblick auf die Einrichtung eines „Europäischen Pfades“ zu prüfen.

8. Bürgerforum betreffend Jugendarbeitslosigkeit im November 2013 in Brüssel – Aufzeichnung des Generalsekretärs

Das Präsidium, das mit Aussprache beschließt,

- nimmt Kenntnis von der Aufzeichnung des Generalsekretärs vom 11. April 2013 zu dem oben genannten Thema (PE 508.907/BUR, Anlage und Finanzbogen);
- hört einen Beitrag von Herrn VLASÁK, Vizepräsident, der Vorbehalte gegen dieses Agora-Vorhaben äußert;
- hört einen Beitrag von Herrn MARTÍNEZ, Vizepräsident, der betont, dass eine Regelung, bei der in drei Sprachen gedolmetscht werde, für eine arbeitslosen Jugendlichen gewidmete Konferenz nicht angemessen sei, da von diesen nicht erwartet werden könne, dass sie über die notwendigen Sprachkenntnisse verfügten, weshalb er vorschlage, stattdessen Option b) oder Option c) (6 oder 23 Sprachen), wie im Finanzbogen aufgeführt, zu billigen;
- hört einen Beitrag des Präsidenten, dass eine Regelung, bei der in 23 Sprachen gedolmetscht werde, für das Parlament Kosten in Höhe von 229.320 Euro im Vergleich zu 50.960 Euro für 6 Sprachen verursachen würde, weshalb er vorschlage, die Option von 6 Sprachen zu billigen und zu prüfen, ob zwischen den Amtssprachen der Länder mit den höchsten Jugendarbeitslosigkeitsquoten gewählt werden solle;
- billigt die Modalitäten der Veranstaltung, einschließlich Option b) betreffend die Dolmetschleistungen;
- billigt den Finanzbogen, einschließlich der Wahl der Leistungen.

9. EMAS – Revision des Handbuchs – Aufzeichnung des Generalsekretärs

Das Präsidium, das ohne Aussprache beschließt,

- nimmt Kenntnis von einer Aufzeichnung des Generalsekretärs vom 2. Mai 2013 zu dem oben genannten Thema (PE 508.901/BUR und Anlagen);
- nimmt die der Aufzeichnung des Generalsekretärs beigefügte überarbeitete Fassung des Handbuchs für das Umweltmanagementsystem des Europäischen Parlaments an;
- beauftragt den Generalsekretär, das Umwelthandbuch kontinuierlich zu aktualisieren und auch weiterhin die vom Präsidium verabschiedeten Umweltmaßnahmen umzusetzen;
- beauftragt den Generalsekretär, das Präsidium durch die Vorlage der Bewertung des Umweltmanagements stets auf dem neuesten Stand zu halten;
- nimmt die der Aufzeichnung des Generalsekretärs beigefügte Bewertung des Umweltmanagements des Jahres 2011 zur Kenntnis.

10. Neunter Informationsbericht über die historischen Archive des Parlaments und die Tätigkeit des Archiv- und Dokumentationszentrums (Cardoc) – 2012 – Vermerk des Generalsekretärs

Das Präsidium, das ohne Aussprache beschließt,

- nimmt Kenntnis von dem Vermerk des Generalsekretärs vom 28. März 2013 zu dem oben genannten Thema (PE 508.821/BUR und Anlage);
- nimmt Kenntnis von dem neunten Jahresbericht über die historischen Archive des Parlaments und
- genehmigt dessen Verbreitung, die Unterrichtung der übrigen Organe sowie dessen Veröffentlichung im Intranet/auf der Website des Europäischen Parlaments.

11. Jahresbericht 2012 über den Zugang zu Dokumenten – Vermerk des Generalsekretärs

Das Präsidium, das ohne Aussprache beschließt,

- nimmt Kenntnis von einem Vermerk des Generalsekretärs vom 7. Mai 2013 zu dem oben genannten Thema (PE 508.908/BUR und Anlage);
- nimmt den Entwurf des Jahresberichts 2012 über die Umsetzung der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 über den Zugang zu Dokumenten im Parlament an;
- beantragt, dass der Entwurf des Jahresberichts 2012 über die Umsetzung der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 im Parlament vom Präsidenten als Beitrag des Präsidiums gemäß Artikel 104 Absatz 7 der Geschäftsordnung an den Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres weitergeleitet wird.

12. Antrag des Europäischen Verbands des Zweiradhandels (ETRA) auf Nutzung der Esplanade Solidarność 1980 am 17. und 18. September 2013 für eine Ausstellung und Präsentation mit dem Titel „Sustainable2Wheels“ im Rahmen der Europäischen Woche der Mobilität – Schreiben von Frau DURANT, zuständige Vizepräsidentin

Das Präsidium, das ohne Aussprache beschließt,

- nimmt Kenntnis von einem Antrag der Europäischen Verbands des Zweiradhandels (ETRA) auf Nutzung der Esplanade Solidarność 1980 am 17. und 18. September 2013 für eine Ausstellung und Präsentation mit dem Titel „Sustainable2Wheels“ im Rahmen der Europäischen Woche der Mobilität;
- nimmt Kenntnis von einem Schreiben vom 17. April 2013 von Frau DURANT, zuständige Vizepräsidentin für die Beziehungen zu den belgischen Behörden, in dem sie dem Präsidium empfiehlt, eine befürwortende Stellungnahme abzugeben (PE 508.871/BUR und Anlagen);
- billigt die betreffende Veranstaltung im Einklang mit der Empfehlung von Frau DURANT, Vizepräsidentin, und beauftragt die GD Kommunikation, die notwendigen Maßnahmen zu treffen.

13. Antrag des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres auf Genehmigung einer Abweichung von den Höchstgrenzen gemäß Artikel 14 Absatz 1 des Verhaltenskodex Mehrsprachigkeit für einen Initiativbericht über die Lage der Grundrechte: Standard und Praxis in Ungarn – Schreiben von Herrn LÓPEZ AGUILAR, Vorsitzender des betreffenden Ausschusses

Das Präsidium, das mit Aussprache beschließt,

- nimmt Kenntnis von einem Schreiben von Herrn LÓPEZ AGUILAR, Vorsitzender des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres, vom 22. April 2013 zum oben genannten Thema (PE 508.877/CPG und Finanzbogen);
- hört einen Beitrag von Herrn VIDAL-QUADRAS, Vizepräsident, der Sorge äußert, dass die Genehmigung einer entsprechenden Ausnahmeregelung einen Präzedenzfall für ähnliche Anträge darstellen könne, die aus Gründen der Öffentlichkeitswirkung im Vorfeld der Europawahlen 2014 eingereicht werden könnten, und daher vorschlägt, den Antrag abzulehnen;
- hört einen Beitrag von Frau DURANT, Vizepräsidentin, dass der Antrag des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres Ausnahmecharakter habe, daher zu rechtfertigen sei und keinen Präzedenzfall für ähnliche Anträge darstellen solle, weshalb sie vorschläge, die beantragte Ausnahmeregelung zu genehmigen;
- führt eine kurze Aussprache, an der sich Herr MARTÍNEZ, Herr WIELAND, Vizepräsidenten, und der Präsident beteiligen;
- nimmt zur Kenntnis, dass Herr SURJAN, Vizepräsident, der die Sitzung früher verlassen hatte, gemäß dem anzuwendenden Verfahren sein Stimmrecht auf Herrn VIDAL-QUADRAS übertragen hat;
- beschließt mehrheitlich, den Antrag, die jährliche Reserve des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres für Übersetzungen 2013 ausnahmsweise um 45 Seiten zu erhöhen, zu genehmigen, um fünf Arbeitsdokumente und einen Berichtsentwurf abzudecken.

Reisen von Ausschussdelegationen innerhalb der EU und der Bewerberländer

14. Antrag auf Entsendung einer STOA-Delegation von bis zu drei Mitgliedern zu den Einrichtungen der Atomenergiebehörde CEA (Commissariat à l'énergie atomique et aux énergies alternatives) in Grenoble und Chambéry am 23./24. Mai 2013 – Schreiben von Herrn CORREIA DE CAMPOS, Vorsitzender der STOA-Lenkungsgruppe

Das Präsidium, das ohne Aussprache beschließt,

- nimmt Kenntnis von einem Schreiben vom 3. April 2013 von Herrn CORREIA DE CAMPOS, Vorsitzender der STOA-Lenkungsgruppe, in dem er für bis zu drei Mitglieder der Lenkungsgruppe die Genehmigung zum Besuch der Einrichtungen der Atomenergiebehörde CEA (Commissariat à l'énergie atomique et aux énergies alternatives) in Grenoble und Chambéry am 23./24. Mai 2013, einschließlich Reisezeit, beantragt (PE 508.777/BUR, Anlagen und Finanzbogen);
- nimmt zur Kenntnis, dass die betreffenden Mitglieder am Donnerstag, 23. Mai 2013, nach dem Ende der Plenartagung aus Straßburg abreisen werden;
- gewährt die beantragte Genehmigung.

15. Antrag des Petitionsausschusses auf Genehmigung einer Informationsreise nach Niederschlesien (Polen) vom 29. bis 31. Mai 2013 – Schreiben von Frau MAZZONI, Vorsitzende des betreffenden Ausschusses

Das Präsidium, das mit Aussprache beschließt,

- nimmt Kenntnis von einem Schreiben vom 4. April 2013 von Frau MAZZONI, Vorsitzende des Petitionsausschusses, in dem sie die Genehmigung beantragt, eine Delegation von drei offiziellen Mitgliedern plus zwei begleitenden Mitgliedern, die in Polen gewählt wurden, vom 29. bis 31. Mai 2013, einschließlich Reisezeit, nach Niederschlesien (Polen) zu entsenden (PE 508.779/CPG, Anlage und Finanzbogen);
- nimmt zur Kenntnis, dass die Reise nicht in dem vom Präsidium am 4. Februar 2013 genehmigten Programm der Reisen von Ausschussdelegationen außerhalb der drei Arbeitsorte des Parlaments für 2013 verzeichnet war;
- stellt fest, dass der geplante Reiseternin auf einen hauptsächlich für Ausschusssitzungen vorgesehenen Zeitraum entfällt;
- nimmt Kenntnis von der Empfehlung der Konferenz der Präsidenten vom 18. April 2013;
- hört einen Beitrag von Herrn PROTASIEWICZ, Vizepräsident, der, da der 30. Mai in Polen ein Feiertag sei, was Treffen der Delegationsmitglieder mit Vertretern der polnischen Staatsorgane verhindere, empfiehlt, die Reise auf einen anderen Termin zu verschieben;
- hört Ausführungen von Herrn McMILLAN-SCOTT, Vizepräsident, und Frau GERINGER DE OEDENBERG, Quästorin, die vorschlagen, die Reise zu dem beantragten Termin zu genehmigen, da sie bereits einmal verschoben wurde, Prozessionen und andere Feierlichkeiten lediglich am Vormittag stattfinden und am 30. Mai nur Treffen mit Petenten geplant seien;
- hört einen Beitrag des Präsidenten, sein Kabinett werde Frau MAZZONI, Vorsitzende des Petitionsausschusses, kontaktieren, um die Angelegenheit zu regeln;

- erteilt die beantragte Genehmigung, sofern im Einklang mit Artikel 6 Absatz 2 der geltenden Regelung nur in eine Sprache gedolmetscht und die Quote des Ausschusses für Reisen innerhalb der Europäischen Union und in die Bewerberländer eingehalten wird.

16. Antrag des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten und der Delegation für die Beziehungen zur Schweiz und zu Norwegen, im Gemischten Parlamentarischen Ausschuss EU-Island und im Gemischten Parlamentarischen Ausschuss Europäischer Wirtschaftsraum auf Verschiebung ihrer Reise nach Reykjavik (Island) auf 27./28. Juni 2013 – Schreiben von Herrn BROK, Vorsitzender des AFET-Ausschusses, und Herrn GALLAGHER, Vorsitzender der SINEEA-Delegation

Das Präsidium, das ohne Aussprache beschließt,

- nimmt Kenntnis von dem Schreiben vom 27. März 2013, das gemeinsam von Herrn BROK, Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, und Herrn GALLAGHER, Vorsitzender der Delegation für die Beziehungen zu der Schweiz, Norwegen, dem Gemischten Parlamentarischen Ausschuss EU-Island und dem Gemischten Parlamentarischen Ausschuss Europäischer Wirtschaftsraum (EWR) (SINEEA), unterzeichnet wurde und in dem sie die Genehmigung beantragen, die Entsendung einer gemeinsamen Delegation nach Reykjavik (Island), bestehend aus bis zu fünf Mitgliedern des AFET-Ausschusses (einschließlich des Vorsitzenden außerhalb der Quote gemäß Artikel 2 Absatz 3 der geltenden Regelung) und fünf Mitgliedern der Arbeitsgruppe für Island der SINEEA-Delegation, auf 27./28. Juni 2013, ausschließlich Reisezeit, zu verschieben (die Reise war ursprünglich für die 25. Woche vorgesehen) (PE 505.060/CPG und Finanzbogen);
- stellt fest, dass der neue Termin auf einen Zeitraum entfällt, der einen Tag für Ausschuss- und Fraktionssitzungen umfasst;
- stellt fest, dass die teilnehmenden Mitglieder nach dem Ende der Sitzungen ihrer Fraktionen am Mittwoch, 26. Juni 2013, aus Brüssel abreisen sollen;
- spricht dem AFET-Ausschuss und der SINEEA-Delegation seine Anerkennung für die Organisation einer gemeinsamen Reise aus;
- nimmt Kenntnis von der Empfehlung der Konferenz der Präsidenten vom 18. April 2013;
- nimmt Kenntnis von den für die Verschiebung der Reise genannten Gründen;

PV BUR 20.05.2013

- genehmigt die Entsendung einer Delegation von fünf Mitgliedern des AFET-Ausschusses nach Reykjavik an 27./28. Juni 2013 im Rahmen der oben genannten gemeinsamen Reise, sofern (gemäß Artikel 6 Absatz 2 der geltenden Regelung) lediglich in eine Sprache gedolmetscht und die Quote des Ausschusses für Reisen innerhalb der Europäischen Union und in die Bewerberländer eingehalten wird;
- ersucht den Ausschuss, dem Präsidenten den Programmentwurf und die Teilnehmerliste gemäß Artikel 10 der geltenden Regelung rechtzeitig vor Abreise der Delegation zu übermitteln.

Reisen von Ausschussdelegationen außerhalb der EU und der Bewerberländer17. Antrag des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten auf Verschiebung seiner Reise nach Bosnien und Herzegowina auf 20./21. Juni 2013 – Schreiben von Herrn BROK, Vorsitzender des betreffenden Ausschusses

Das Präsidium, das ohne Aussprache beschließt,

- nimmt Kenntnis von einem Schreiben vom 27. März 2013 von Herrn BROK, Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, in dem er die Genehmigung beantragt, die Entsendung einer Delegation von fünf Mitgliedern nach Bosnien und Herzegowina, die im Jahresprogramm 2013 der Reisen von Ausschussdelegationen außerhalb der drei Arbeitsorte des Parlaments für die 14. Woche vorgesehen war, auf 19. bis 21. Juni 2013, einschließlich Reisezeit, zu verschieben (PE 505.059/CPG und Finanzbogen);
- stellt fest, dass der vorgeschlagene neue Termin auf einen hauptsächlich für Ausschusssitzungen vorgesehenen Zeitraum entfällt;
- nimmt Kenntnis von der Empfehlung der Konferenz der Präsidenten vom 18. April 2013;
- billigt auf der Grundlage der mitgeteilten Gründe den neuen Reiseternin, sofern gemäß Artikel 6 Absatz 2 der geltenden Regelung lediglich in eine Sprache gedolmetscht und die Quote des Ausschusses für Reisen außerhalb der Europäischen Union und der Bewerberländer eingehalten wird;
- ersucht den Ausschuss, dem Präsidenten den Programmentwurf und die Teilnehmerliste gemäß Artikel 10 der geltenden Regelung rechtzeitig vor Abreise der Delegation zu übermitteln.

18. Antrag des Entwicklungsausschusses auf Entsendung einer Delegation zu der UN-Vollversammlung/dem Gipfeltreffen zur Überprüfung der Millenniums-Entwicklungsziele am 25. September 2013 in New York (USA) – Schreiben von Frau JOLY, Vorsitzende des betreffenden Ausschusses

Das Präsidium, das ohne Aussprache beschließt,

- nimmt Kenntnis von einem Schreiben vom 11. April 2013 von Frau JOLY, Vorsitzende des Entwicklungsausschusses (DEVE), in dem sie die Genehmigung beantragt, eine Delegation von neun Mitgliedern, einschließlich der Vorsitzenden gemäß Artikel 2 Absatz 3 der geltenden Regelung außerhalb der Quote, zu dem Gipfeltreffen der UN-Generalversammlung zur Überprüfung der Millenniums-Entwicklungsziele am 25. September 2013 in New York zu entsenden und am Vortag bilaterale Treffen zu veranstalten (PE 508.834/CPG und Finanzbogen);
- stellt fest, dass der geplante Reisettermin auf einen hauptsächlich für Ausschusssitzungen vorgesehenen Zeitraum entfällt;
- nimmt Kenntnis von der Empfehlung der Konferenz der Präsidenten vom 16. Mai 2013;
- genehmigt den Antrag, sofern die Quote des Ausschusses für Reisen außerhalb der Europäischen Union und der Bewerberländer eingehalten und gemäß Artikel 6 Absatz 2 der geltenden Regelung lediglich in eine Sprache gedolmetscht wird;
- ersucht den Präsidenten, die Kommission und den Ratsvorsitz um die Aufnahme der betreffenden neun Mitglieder in die Delegation der Europäischen Union für das Gipfeltreffen zu ersuchen.

19. Antrag des Ausschusses für internationalen Handel auf Entsendung einer Ad-hoc-Delegation zur Parlamentarischen Konferenz und zur 9. Ministerkonferenz betreffend die WTO nach Bali (Indonesien) vom 2. bis 6. Dezember 2013 – Schreiben von Herrn MOREIRA, Vorsitzender des betreffenden Ausschusses

Das Präsidium, das ohne Aussprache beschließt,

- nimmt Kenntnis von den folgenden Dokumenten:
 - Schreiben von Herrn MOREIRA, Vorsitzender des Ausschusses für internationalen Handel, vom 26. März 2013, in dem er die Genehmigung beantragt, eine Ad-hoc-Delegation von 15 Mitgliedern zu der Parlamentarischen Konferenz zur WTO und zu der 9. WTO-Ministerkonferenz vom 1. bis 7. Dezember 2013 (einschließlich Reisezeit) nach Bali (Indonesien) zu entsenden (PE 508.767/CPG und Finanzbogen),
 - von Herrn MOREIRA, Vorsitzender des Ausschusses für internationalen Handel, und den Koordinatoren der Fraktionen dieses Ausschusses gemeinsam unterzeichnetes Schreiben vom 14. Mai 2013, das im Sitzungsraum verteilt wurde und mit dem der ursprüngliche Antrag vor dem Hintergrund der Empfehlung der Konferenz der Präsidenten vom 18. April 2013 geändert wurde (PE 508.945/BUR);
- stellt fest, dass der geplante Reisetrip auf einen hauptsächlich für Fraktionssitzungen vorgesehenen Zeitraum entfällt;
- stellt fest, dass die Konferenz der Präsidenten in ihrer Sitzung vom 18. April 2013 die Entsendung einer Delegation gemäß dem Antrag des Ausschusses für internationalen Handel ablehnte, da dieser nicht mit der Regelung für Ad-hoc-Delegationen in Einklang stand, und stattdessen ausnahmsweise und aufgrund der erheblichen politischen Bedeutung beider Veranstaltungen die Entsendung einer Delegation von bis zu sieben Mitgliedern genehmigte, sofern letztere auf die jährliche Quote des Ausschusses angerechnet würden und gemäß Artikel 6 Absatz 2 der geltenden Regelung lediglich in eine Sprache gedolmetscht würde;

- folgt der Empfehlung der Konferenz der Präsidenten, sofern die Quote des Ausschusses für Reisen außerhalb der Europäischen Union und der Bewerberländer eingehalten wird;
- ersucht den Präsidenten, die Kommission um die Aufnahme der betreffenden Mitglieder in die EU-Delegation für die 9. WTO-Ministerkonferenz zu ersuchen.

Öffentliche Anhörungen

20. Antrag des Ausschusses für Wirtschaft und Währung auf Genehmigung einer öffentlichen Anhörung zum US-Gesetz „Foreign Account Tax Compliance Act“ (FATCA) am 27./28. Mai 2013 in Brüssel – Schreiben von Frau BOWLES, Vorsitzende des betreffenden Ausschusses

Das Präsidium, das ohne Aussprache beschließt,

- nimmt Kenntnis von dem Schreiben von Frau BOWLES, Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft und Währung, vom 3. April 2013, mit dem sie beantragt, während der Ausschusssitzung am Montag, 27., oder Dienstag, 28. Mai 2013, in Brüssel eine öffentliche Anhörung zum Thema „Foreign Account Tax Compliance Act (FATCA) zu veranstalten (PE 508.785/BUR und Anlage);
- stellt fest, dass die beantragte Anhörung nicht in dem vom Präsidium am 12. Dezember 2012 angenommenen Programm der öffentlichen Anhörungen 2013 verzeichnet ist;
- weist darauf hin, dass für die nicht in dem vom Präsidium genehmigten Programm enthaltenen Anhörungen spätestens vier Wochen vorher eine Einzelgenehmigung eingeholt werden muss;
- stellt fest, dass die Anhörung während der normalen Ausschusssitzungszeit stattfinden soll, womit keine zusätzlichen Dolmetschleistungen erforderlich sind;
- stellt fest, dass der Ausschuss beabsichtigt, fünf Redner einzuladen, falls für irgendeinen dieser Sachverständigen eine Kostenerstattung erforderlich wäre, würde dies auf die jährliche Quote des Ausschusses von sechzehn Sachverständigen angerechnet;
- erteilt die beantragte Genehmigung unter der Voraussetzung, dass der zuständige Ausschuss dem Präsidenten vor der öffentlichen Anhörung alle einschlägigen Informationen übermittelt, insbesondere den letztendlichen Termin und das endgültige Programm und die Namen und Eigenschaften der eingeladenen Gäste, wie gemäß Artikel 4 der geltenden Regelung gefordert, und dass der Ausschuss seine Quote von sechzehn eingeladenen Sachverständigen für 2013 einhalten wird.

21. Antrag des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie auf Genehmigung einer Mini-Anhörung zum Thema „Europäische industriepolitische Strategie zum Schutz und zur Nutzung der im Zusammenhang mit Galileo entwickelten europäischen Kapazitäten und Erfindungen“ am 19. Juni 2013 in Brüssel – Schreiben von Frau SARTORI, Vorsitzende des betreffenden Ausschusses

Das Präsidium, das ohne Aussprache beschließt,

- nimmt Kenntnis von einem Schreiben von Frau SARTORI, Vorsitzende des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie, vom 25. März 2013 mit dem Antrag auf Genehmigung einer Mini-Anhörung zum Thema „Europäische industriepolitische Strategie zum Schutz und zur Nutzung der im Zusammenhang mit Galileo entwickelten europäischen Kapazitäten und Erfindungen“ am 19. Juni 2013 in Brüssel (PE 508.780/BUR);
- stellt fest, dass die beantragte Anhörung nicht in dem vom Präsidium am 12. Dezember 2012 angenommenen Programm der öffentlichen Anhörungen 2013 verzeichnet ist;
- weist darauf hin, dass für die nicht in dem vom Präsidium genehmigten Programm enthaltenen Anhörungen spätestens vier Wochen vorher eine Einzelgenehmigung eingeholt werden muss;
- stellt fest, dass die Anhörung während der normalen Ausschusssitzungszeit stattfinden soll, weshalb keine zusätzlichen Dolmetschleistungen anfallen würden;
- stellt fest, dass im Falle einer Kostenerstattung für einen der eingeladenen Sachverständigen diese auf die jährliche Quote des Ausschusses von sechzehn eingeladenen Sachverständigen angerechnet würde;
- erteilt die beantragte Genehmigung unter der Voraussetzung, dass der zuständige Ausschuss dem Präsidenten vor der öffentlichen Anhörung alle einschlägigen Informationen übermittelt, insbesondere das endgültige Programm und die Namen und Eigenschaften der eingeladenen Gäste, wie gemäß Artikel 4 der geltenden Regelung gefordert, und dass der Ausschuss seine Quote von 16 bezahlten Gästen für das Jahr 2013 einhalten wird.

22. Antrag des Haushaltskontrollausschusses auf Genehmigung einer öffentlichen Anhörung zum Thema „Rechenschaftspflicht der Europäischen Kommission als in den letzten zehn Jahren für Haushaltsführung und -kontrolle in der EU zuständiges Organ“ am 17. September 2013 in Brüssel – Schreiben von Herrn THEURER, Vorsitzender des betreffenden Ausschusses

Das Präsidium, das ohne Aussprache beschließt,

- nimmt Kenntnis von einem Schreiben vom 10. April 2013 von Herrn THEURER, Vorsitzender des Haushaltskontrollausschusses, mit dem Antrag auf Genehmigung einer öffentlichen Anhörung zum Thema „Rechenschaftspflicht der Europäischen Kommission als in den letzten zehn Jahren für Haushaltsführung und -kontrolle in der EU zuständiges Organ“ am 17. September 2013 in Brüssel (PE 508.850/BUR);
- stellt fest, dass die Anhörung an einem für eine Sitzung des Haushaltskontrollausschusses vorgesehenen Termin stattfinden soll und dass eine Erstattung von Ausgaben eingeladener Sachverständiger gegebenenfalls im Rahmen der jährlichen Quote des Ausschusses von sechzehn eingeladenen Sachverständigen erfolgt;
- stellt fest, dass die beantragte Anhörung nicht in dem vom Präsidium am 12. Dezember 2012 angenommenen Programm der öffentlichen Anhörungen 2013 verzeichnet ist;
- stellt fest, dass die beantragte Anhörung eine ursprünglich geplante Anhörung des Haushaltskontrollausschusses zum Thema „Die Kommission als Verwaltungsbehörde – Ergebnisse der Kinnock-Reform“ ersetzen soll, die am 18. September 2012 stattfinden sollte;
- verweist auf den Beschluss der Konferenz der Präsidenten vom 13. September 2012, mit dem die zuvor 2012 geplante Anhörung annulliert und der Haushaltskontrollausschuss aufgefordert wurde, einen neuen Antrag für eine Anhörung zu übermitteln, die weder eine Gefährdung noch eine Intervention bezüglich des laufenden Legislativverfahrens zur Reform des Statuts darstellen würde;

- nimmt Kenntnis von dem Programm der neuen Anhörung und den Zusagen des Ausschussvorsitzenden, dass die Anhörung nicht auf das laufende Legislativverfahren betreffend die Mitarbeiter der EU-Organe Bezug nehmen werde;
- erteilt die beantragte Genehmigung unter der Voraussetzung, dass der zuständige Ausschuss dem Präsidenten vor der öffentlichen Anhörung alle einschlägigen Informationen übermittelt, insbesondere das endgültige Programm und die Namen und Eigenschaften der eingeladenen Gäste, wie gemäß Artikel 4 der geltenden Regelung gefordert, und dass der Ausschuss seine Quote von sechzehn eingeladenen Sachverständigen für 2013 einhalten wird.

23. Antrag des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie auf Genehmigung einer öffentlichen Anhörung zum Thema „Cloud Computing“ am 30. Mai 2013 in Brüssel – Schreiben von Frau SARTORI, Vorsitzende des betreffenden Ausschusses

Das Präsidium, das ohne Aussprache beschließt,

- nimmt Kenntnis von einem Schreiben von Frau SARTORI, Vorsitzende des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie, vom 22. April 2013, in dem sie die Genehmigung zur Abhaltung einer öffentlichen Anhörung zum Thema „Cloud Computing“ am 30. Mai 2013 in Brüssel beantragt (PE 508.875/BUR);
- stellt fest, dass die Anhörung während der normalen Ausschusssitzungszeit stattfinden soll, weshalb keine zusätzlichen Dolmetschleistungen anfallen würden;
- stellt fest, dass die beantragte Anhörung nicht in dem vom Präsidium am 12. Dezember 2012 angenommenen Programm der öffentlichen Anhörungen 2013 verzeichnet ist;
- stellt fest, dass für die nicht in dem vom Präsidium genehmigten Programm enthaltenen Anhörungen spätestens vier Wochen vorher eine Einzelgenehmigung eingeholt werden muss;
- erteilt die beantragte Genehmigung unter der Voraussetzung, dass der zuständige Ausschuss dem Präsidenten vor der öffentlichen Anhörung alle einschlägigen Informationen übermittelt, insbesondere das endgültige Programm und die Namen und Eigenschaften der eingeladenen Gäste, wie gemäß Artikel 4 der geltenden Regelung gefordert, und dass der Ausschuss seine Quote von 16 bezahlten Gästen für das Jahr 2013 einhalten wird.

24. Antrag des Ausschusses für Verkehr und Fremdenverkehr auf Genehmigung einer öffentlichen Anhörung zum Thema „Maßnahmen zur Beschränkung der Flugdienstzeiten“ am 18. Juni 2013 in Brüssel – Schreiben von Herrn SIMPSON, Vorsitzender des betreffenden Ausschusses

Das Präsidium, das ohne Aussprache beschließt,

- nimmt Kenntnis vom Schreiben vom 25. April 2013 von Herrn SIMPSON, Vorsitzender des Ausschusses für Verkehr und Fremdenverkehr, in dem er die Genehmigung für eine öffentliche Anhörung zum Thema „Maßnahmen zur Beschränkung der Flugdienstzeiten“ am 18. Juni 2013 in Brüssel beantragt (PE 508.878/BUR und Anlage);
- stellt fest, dass die Anhörung während der normalen Ausschusssitzungszeit stattfinden soll, weshalb keine zusätzlichen Dolmetschleistungen anfallen würden;
- stellt fest, dass die beantragte Anhörung nicht in dem vom Präsidium am 12. Dezember 2012 angenommenen Programm der öffentlichen Anhörungen 2013 verzeichnet ist;
- weist darauf hin, dass für die nicht in dem vom Präsidium genehmigten Programm enthaltenen Anhörungen spätestens vier Wochen vorher eine Einzelgenehmigung eingeholt werden muss;
- erteilt die beantragte Genehmigung unter der Voraussetzung, dass der zuständige Ausschuss dem Präsidenten vor der öffentlichen Anhörung alle einschlägigen Informationen übermittelt, insbesondere das endgültige Programm und die Namen und Eigenschaften der eingeladenen Gäste, wie gemäß Artikel 4 der geltenden Regelung gefordert, und dass der Ausschuss seine Quote von 16 bezahlten Gästen für das Jahr 2013 einhalten wird.

25. Antrag des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz auf Genehmigung einer öffentlichen Anhörung zum Thema „Netz- und Informationssicherheit - Integration der Gemeinschaften“ am 18. Juni 2013 in Brüssel – Schreiben von Herrn HARBOUR, Vorsitzender des betreffenden Ausschusses

Das Präsidium, das ohne Aussprache beschließt,

- nimmt Kenntnis von einem Schreiben vom 29. April 2013 von Herrn HARBOUR, Vorsitzender des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz, mit dem er die Genehmigung einer öffentlichen Anhörung zum Thema „Netz- und Informationssicherheit – Integration der Gemeinschaften“ am 18. Juni 2013 in Brüssel beantragt (PE 508.882/BUR);
- stellt fest, dass die Anhörung an einem für eine Sitzung des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz vorgesehenen Termin stattfinden soll und dass zwei oder drei der eingeladenen Sachverständigen im Rahmen der jährlichen Quote des Ausschusses von sechzehn bezahlten Gästen die Kosten erstattet werden müssen;
- stellt fest, dass die beantragte Anhörung nicht in dem vom Präsidium am 12. Dezember 2012 angenommenen Programm der öffentlichen Anhörungen 2013 verzeichnet ist;
- weist darauf hin, dass für die nicht in dem vom Präsidium genehmigten Programm enthaltenen Anhörungen spätestens vier Wochen vorher eine Einzelgenehmigung eingeholt werden muss;
- erteilt die beantragte Genehmigung unter der Voraussetzung, dass der zuständige Ausschuss dem Präsidenten vor der öffentlichen Anhörung alle einschlägigen Informationen übermitteln sollte, insbesondere das endgültige Programm und die Namen und Eigenschaften der eingeladenen Gäste, wie gemäß Artikel 4 der geltenden Regelung gefordert, dass der Ausschuss seine Quote von sechzehn eingeladenen Sachverständigen für 2013 einhalten wird und dass erforderlichenfalls andere für die verschiedenen Themen der Anhörung zuständige Ausschüsse informiert und an der Anhörung beteiligt werden.

26. Antrag des Ausschusses für konstitutionelle Fragen auf Genehmigung einer öffentlichen Anhörung zum Thema „Möglichkeiten für das Europäische Parlament, sein Recht auf Selbstorganisation zu entwickeln“ am 27. Mai 2013 in Brüssel – Schreiben von Herrn CASINI, Vorsitzender des betreffenden Ausschusses

Das Präsidium, das ohne Aussprache beschließt,

- nimmt Kenntnis von einem Schreiben vom 6. Mai 2013 von Herrn CASINI, Vorsitzender des Ausschusses für konstitutionelle Fragen, mit dem er die Genehmigung für eine öffentliche Anhörung zum Thema „Möglichkeiten für das Europäische Parlament, sein Recht auf Selbstorganisation zu entwickeln“ am 18. Juni 2013 in Brüssel beantragt (PE 508.899/BUR);
- stellt fest, dass die Anhörung an einem für eine Sitzung des Ausschusses für internationalen Handel vorgesehenen Termin stattfinden soll und dass eine Erstattung von Ausgaben eingeladener Sachverständiger gegebenenfalls im Rahmen der jährlichen Quote des Ausschusses von 16 bezahlten Gäste erfolgt;
- stellt fest, dass die beantragte Anhörung nicht in dem vom Präsidium am 12. Dezember 2012 angenommenen Programm der öffentlichen Anhörungen 2013 verzeichnet ist;
- weist darauf hin, dass für die nicht in dem vom Präsidium genehmigten Programm enthaltenen Anhörungen spätestens vier Wochen vorher eine Einzelgenehmigung eingeholt werden muss;
- stellt fest, dass der ursprüngliche Antrag für die Anhörung am 21. März 2013 gestellt, mit Beschluss des Präsidiums vom 15. April 2013 allerdings an den Ausschuss für konstitutionelle Fragen mit dem Ersuchen zurücküberwiesen wurde, diesen Antrag zu überdenken und insbesondere zu prüfen, ob das Thema der Anhörung angepasst werden könne, um den Grundsatz des Rechts des Parlaments auf Selbstorganisation besser zu berücksichtigen;
- stellt fest, dass die neue Bezeichnung der Anhörung den Beschluss des Präsidiums vom 15. April 2013 angemessen berücksichtigt;
- erteilt die beantragte Genehmigung unter der Voraussetzung, dass der Ausschuss seine Quote von sechzehn eingeladenen Sachverständigen für 2013 einhalten wird.

27. Dringliche Fragen und Verschiedenes

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

28. Punkte zur Information

Das Präsidium

- nimmt Kenntnis von den folgenden Dokumenten:

Interinstitutionelle Korrespondenz

Externe Korrespondenz

Interne Korrespondenz

- Schreiben von Herrn LEHNE, Vorsitzender der Konferenz der Ausschussvorsitze, vom 17. April 2013 betreffend den Jahresbericht über die Verwendung der Sachverständigenetats 2012 (PE 508.910/BUR und Anlage);
- Schreiben von Frau DURANT, für die Beziehungen zu den belgischen Behörden zuständige Vizepräsidentin, vom 22. März 2013 betreffend einen Antrag des European Anti-Poverty Network AISB (EAPN) auf Abhaltung des 12. Treffens von Menschen in Armut auf der Simone Veil-Agora und der Esplanade Solidarność 1980 vom 18. bis 20. Juni 2013 (PE 508.911/BUR und Anlagen).

29. Zeitpunkt und Ort der nächsten Sitzung

Das Präsidium

- beschließt, seine nächste Sitzung am **Montag, 10. Juni 2013**, von **18.30 bis 20.30 Uhr** im **Saal R1.1** des **Louise WEISS-Gebäudes** in **Straßburg** abzuhalten.

*

* *

Schluss der Sitzung: 20.59 Uhr.

*

* *